

Edeltraud Koller

Ökonomisierung und wirtschaftspolitische Ideologisierung – Grund für die Erosion der Demokratie?

Zusammenfassung

Politik und Wirtschaft sind zwei Gesellschaftssysteme, die vielfältig aufeinander bezogen sind. Die These von der Postdemokratie beinhaltet, dass die Wirtschaft eine Dominanz über die Politik ausübe. Tatsächlich bringt der Einfluss von Unternehmen auf die Politik aus demokratiekritischer Sicht eine Reihe von Anfragen mit sich. Ernste Gefahren gehen aber insbesondere auch mit der Ökonomisierung der Politik und der wirtschaftspolitischen Ideologisierung einher. Probleme liegen vor allem in der ungleichen Verteilung von Beteiligungs- und Einflusschancen vermittels des Geldes und des ökonomischen Expertentums, in der tendenziellen Immunisierung des Wirtschaftsverständnisses und der Wirtschaftspolitik vor grundlegender Kritik und der Vorrangstellung von monetären Interessen gegenüber sozialen Implikationen. Für die christliche Sozialethik gilt es, die Auswirkungen der Ökonomisierung der Politik vor dem Hintergrund der Gerechtigkeit zu untersuchen.

Abstract

Politics and the economy are in many ways interrelated. The thesis of post-democracy states that the economy exerts dominance over politics. In fact, the influence of companies on politics puts a number of questions to the concept of democracy. Serious dangers lie especially in the economization of politics and in the spread of neo-liberalism. The major problems are the following: a) the distribution of the opportunities for participation by means of money is unjust; b) the leading economic concept and the economic policies tend to prohibit fundamental criticism; c) monetary interests have assumed priority over and greater power in relation to social issues. For Christian social ethics, it is important to examine the effects of the economization of politics in the light of the question of justice.

1 Einleitung

Wenn gegenwärtig in der Öffentlichkeit über den Zustand der realen Demokratie nachgedacht wird, fällt die Aufmerksamkeit unausweichlich auch auf die Wirtschaft.¹ Unschwer lässt sich in der Gesellschaft eine verbreitete Stimmung feststellen, wonach der Politik immer

1 So titelt die deutsche Zeitschrift *manager magazin* im Jahr 2008: „Zerstört der Superkapitalismus die Demokratie?“ Ähnlich stellt *DIE ZEIT* 2009 die Frage: „Zerstört der Kapitalismus die Demokratie?“ (Joffe 2009).

weniger Gestaltungsmöglichkeiten zugetraut werden. Demnach liege die eigentliche Macht nicht mehr bei der Politik bzw. bei demokratischen Institutionen und Prozessen; längst hätten Finanzmärkte, Banken, Großkonzerne, die VertreterInnen der Großunternehmen und einzelne Reiche das Sagen in Fragen der Politik, wodurch demokratische Prozesse untergraben würden.

Inwiefern trifft diese Diagnose tatsächlich zu, wie ist sie zu deuten und welche Konsequenzen sind zu ziehen? Nicht nur für die Politikwissenschaft sind diese Fragen elementar. Auch die Sozialethik kommt nicht umhin, sich ihnen zu stellen – insbesondere wenn die Orientierung an einem normativen Demokratieverständnis nicht aufgegeben und vielmehr mit den realen Verhältnissen konfrontiert werden soll. Letztlich geht es um das Problem, welche Bedeutung der Ökonomie in der Debatte um den Zustand der Demokratie beigemessen wird bzw. werden muss und wie man darauf christlich-sozialethisch reagieren kann.

Die Frage nach dem Zustand der Demokratie und Demokratien kann demnach nicht nur im Blick auf die formellen politischen Instrumente wie funktionierende Wahlen behandelt werden. Im Folgenden werden daher ausgehend von der Postdemokratie-These wesentliche politische Einflüsse der modernen Wirtschaft skizziert, nach deren Voraussetzungen gesucht und schließlich sozialethische Brennpunkte aufgezeigt. Explizit sei angemerkt, dass in den folgenden Überlegungen nicht die „Wirtschaftsdemokratie“ im engeren Sinne verhandelt wird. Es geht nicht um die Frage der Demokratisierung innerhalb von Unternehmen, sondern um die sozialethischen Implikationen der Frage nach der Ökonomisierung von Politik.

2 Der Stellenwert der Wirtschaft als Angelpunkt der Postdemokratie-These

Das Buch von Colin Crouch *Postdemokratie* (2008) erfreut sich seit seiner Veröffentlichung breiter Diskussion. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass es mit dem Begriff und dem Konzept der „Postdemokratie“ die verbreitete Wahrnehmung einholt, die Wirtschaft dominiere die Politik. Crouch stellt hierfür eine populärwissenschaftliche Untersuchung und einen popularisierenden Begriff bereit. Unter „Postdemokratie“ versteht Crouch

„ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch 2008: 10; vgl. beispielsweise auch Reich 2008)

„Postdemokratie“ ist hier kein Gegenbegriff zu Demokratie und dient dazu, politische Phänomene als Prozesse zu fassen, die Rückschritte in Bezug auf die Entfaltung und die Errungenschaften der Demokratie bedeuten (vgl. Crouch 2008: 30). Crouch ortet einen Legitimationsverlust der demokratischen Institutionen und PolitikerInnen, da sie ihre Aufgabe „des Aushandelns von divergierenden gesellschaftlichen Interessen“ (Öztürk 2011: 2) vernachlässigen und einseitig wirtschaftliche Interessen managen würden. Das Crouch'sche Konzept der „Postdemokratie“ fasst somit Politik und Wirtschaft bzw. Demokratie und Ökonomie als engstens und systematisch zusammenhängend auf.

Ich folge dieser These hier insoweit, als wesentliche Infragestellungen der und Herausforderungen für die Demokratie von der politischen Relevanz der Wirtschaft herrühren. Einer der Hauptfaktoren zur Erklärung postdemokratischer Zustände und Entwicklungen ist der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik. Tendenzen, welche die Demokratie schwächen, gründen zwar nicht ausschließlich, zweifellos aber maßgeblich in der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaft. So gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass die Wirtschaft eine Herausforderung und sogar eine Schwächung der Demokratie darstellen kann. Zwei Faktoren kommt eine besondere Bedeutung zu: dem faktischen politischen Einfluss von wirtschaftlichen Interessen und der sogenannten Ökonomisierung der Politik.

3 Direkte Einflüsse der Wirtschaft auf die Demokratie

Der unmittelbare Einfluss der Wirtschaft auf die Demokratie ist zweifellos ein komplexes Phänomen. Im Grunde wären umfangreiche Studien

wünschenswert, die empirische Nachweise für die einzelnen Länder auf dieser Welt erbringen und sowohl separat als auch vergleichend daraufhin untersuchen, welche wirtschaftlichen AkteurInnen bzw. Akteursgruppen welchen politischen Einfluss haben. Insofern das Präfix „Post“ im Begriff „Postdemokratie“ ausdrückt, dass Voraussetzungen des herkömmlichen Demokratieverständnisses mit seiner klassischen Anbindung an das nationalstaatliche Paradigma in der globalisierten Welt nicht mehr gelten, wären zudem die einzelnen Aspekte anzuführen, die darauf schließen lassen, dass wirtschaftliche Macht lokale bzw. globale Demokratieprozesse behindert oder vorantreibt. Beides kann in diesem Beitrag nicht geleistet werden. Vielmehr wird der Blick auf Tendenzen gerichtet, die einen maßgeblichen Einfluss der Wirtschaft auf die Demokratieentwicklung erkennen lassen.

3.1 Gefährdungen der Demokratie durch wirtschaftliche AkteurInnen: Der Einfluss der Wirtschaftslobbys

Ein auffälliges Phänomen ist der Einfluss von UnternehmenslobbyistInnen auf die PolitikerInnen (vgl. Crouch 2008: 11; Reich 2008). Besonders deutlich ist dieser Einfluss in der nordamerikanischen Politik in Form von Politikfinanzierung und Lobbying.² Was das systematische Lobbying anbelangt, so sind vergleichbare Bestrebungen aber ebenso auf der Ebene der Europäischen Union gegeben. Auch in der europäischen Politik kommt den LobbyistInnen ein hoher Stellenwert zu. So sind im Oktober 2012 insgesamt 5.431 Lobbyorganisationen im EU-Transparenz-Register offiziell gemeldet (vgl. Generalsekretäre des Europäischen Parlaments und der Kommission (Hg.) 2012: 11f.): 3.202 Beratungsfirmen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände, 2.229 Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen, Religionsgemeinschaften und Behörden auf subnationaler Ebene. Hinzu kommen nicht-registrierte Einrichtungen.

2 Robert Reich, prominenter US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitsminister in der Clinton-Administration 1993–1997, hebt hervor, dass in den letzten Jahrzehnten in Nordamerika die LobbyistInnen faktisch die Politik bestimmen (vgl. Reich 2008). Seit Beginn der 1980er Jahre schnellten die Wahlkampfspenden nach oben (vgl. ebd.: 176). Die Abhängigkeit der Unternehmen von der Politik ging mit einer Abhängigkeit der Parteien von den finanziellen Mitteln der Unternehmen einher. Zur direkten Parteien- bzw. Wahlkampffinanzierung kam die Ausweitung des systematischen Lobbyings.

Um rechtliche Regelungen im Sinne des jeweiligen Unternehmens herbeizuführen bzw. um den unternehmerischen Interessen nicht entsprechende Entscheidungen zu verhindern, investieren Unternehmen in hohem Maße in die Dienstleistungen der Lobbying-Agenturen (vgl. etwa Reich 2008: 182). Während sich für die USA feststellen lässt, dass das Ausmaß nicht-unternehmerischen, zivilgesellschaftlichen Lobbyings im Vergleich zu jenem der Unternehmen marginal ist,³ kann in Europa dem Lobbying von Nichtregierungsorganisationen seine Bedeutung nicht abgesprochen werden. Allerdings engagiert sich auch in Brüssel der Großteil der schätzungsweise 15.000–20.000 LobbyistInnen⁴ für (unternehmens- oder branchenspezifische) wirtschaftliche Interessen. Die Unternehmen, Wirtschafts- und Branchenverbände haben grundsätzlich größere Möglichkeiten für Lobbying als Nichtregierungsorganisationen mit sozialen oder ökologischen Interessen, weil die Etats der Großfirmen insgesamt höhere Investitionen in diesem Bereich zulassen.

Lobbyismus ist nicht prinzipiell demokratieschädlich. Denn institutionelle Politik ist auf Sachinformationen angewiesen, die sie wesentlich über LobbyistInnen erhält. Zudem ist das Vertreten von Interessen durch Gruppen nicht undemokratisch und kann in einem normativen Demokratieverständnis sogar geboten sein. Ein Problem liegt allerdings darin, dass systematisches Lobbying teuer und daher nicht für alle gleichermaßen möglich ist (vgl. z. B. die Studie: ALTER-EU 2011). Politische Beteiligungs- und Einflusschancen dürfen in einer Demokratie keinesfalls primär vom verfügbaren Geld abhängen. Dieses Kriterium unterläuft die reale Gestalt des Lobbyismus (vgl. Crouch 2011: 76). Darüber hinaus sind intransparente Einflussnahmen und die Korruptionsgefahr latente Schwierigkeiten in diesem Bereich und stellen eine Herausforderung für die Demokratie dar. Der große Einfluss der unternehmerischen InteressenvertreterInnen auf politische Entscheidungen (vgl. Reich 2008: 19) ist in dieser Hinsicht daher als demokratieschwächender Faktor wahrzunehmen.

3 „Der Zuwachs an Lobbyaktivitäten geht fast ausschließlich auf das Konto der Wirtschaft.“ (Reich 2008: 177)

4 Die genaue Zahl der LobbyistInnen in Brüssel ist unbekannt; die Schätzungen gehen in der Regel von 15.000 bis 20.000 Personen aus (vgl. etwa dpa 2011); ähnlich ist die Angabe der *Allianz für Lobby-Regulierung und ethische Regeln/The Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation* (ALTER-EU) (vgl. Hierländer 2011).

3.2 Gefährdungen der Demokratie durch die Ökonomisierung der Politik: Gewicht und Konkretisierung der Wirtschaftspolitik

Ein weiteres Phänomen ist die Ökonomisierung der Politik. Ich verstehe „Ökonomisierung“⁵ hier allgemein als „einen Vorgang, durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden“ (Schimank/Volkmann 2008: 382). Im Hinblick auf die Politik zeigt sich diese Bedeutung des Ökonomischen vor allem darin, dass der Wirtschaftspolitik eine vorrangige Stellung zukommt.⁶ Die Wirtschaft wird in der Realpolitik als der zentrale Gesellschafts- und Politikbereich behandelt. Dabei ist zu beachten, dass politische Entscheidungen gegenwärtig faktisch von den scheinbar unausweichlichen Erfordernissen der Finanzmärkte dominiert werden. Die Ausrichtung der Politik an der Macht der Finanzmärkte geht mit einer Abhängigkeit der Demokratie von der Entwicklung an den Börsen einher.⁷ Der Grund dafür ist, dass der Finanzbereich den monetär größten Wirtschaftsbereich ausmacht und mit allen gesellschaftlichen Feldern verflochten ist – verbunden mit einer starken und wachsenden Vermögenskonzentration.

Zudem prägt die Wirtschaft auch das realpolitische Verständnis von Demokratie. Beispielsweise gibt es überaus heftige ablehnende Reaktionen, als am 31. Oktober 2011 der griechische Premierminister Giorgos Papandreou eine Volksabstimmung über das Hilfspaket der Europäischen Union ankündigt. Angesichts der Dramatik der finanziellen Situation sei die Bekanntgabe eines Referendums gefährlich und unverständlich. Das massivste Argument gegen das Referendum, das wenige Tage später bereits abgesagt wird, besteht in den negativen

5 Der Begriff der „Ökonomisierung“ tritt in einer bemerkenswerten Bedeutungsvielfalt auf (vgl. etwa Schimank/Volkmann 2008: 382; Krönig 2007: 12).

6 Bereits als das Projekt der Europäischen Gemeinschaft in Angriff genommen wurde, bestand die gemeinsame Politik im Abschluss wirtschaftlicher Verträge (*Montanunion*) – freilich unter dem obersten Ziel der gemeinschaftlich-demokratischen Friedenssicherung. Dass die zentrale Stellung der Wirtschaft die Europäische Union bis heute prägt, wird häufig als Kritik angemerkt.

7 „Angela Merkel spricht treffenderweise von der ‚marktkonformen Demokratie‘, die heute geboten sei. Ein entlarvender Begriff: Denn längst ist die Volksherrschaft keine souveräne mehr, sondern eine simulierte, in steter Abhängigkeit von den Ausschlägen der Börsen.“ (Lucke 2011: 6)

Auswirkungen für die AnlegerInnen. Zeitungen titeln, dass die Finanzmärkte dadurch „in Verzweiflung“ (Braunberger/Hock 2011) gestürzt worden seien. Letztlich sind die Regierungen Papandreou in Griechenland und wenig später Berlusconi in Italien am Druck der Finanzmärkte zerbrochen.⁸ Das polemische Diktum von Jürgen Habermas lautet folglich: „Weniger Demokratie ist besser für die Märkte.“ (2011)

Beachtenswert ist, dass der Primat der (finanz-)wirtschaftlichen vor gesamtpolitischen Zielen mit global überaus homogenen Maßnahmenforderungen einhergeht. Das Standardrezept, Finanzschwierigkeiten und schlechte Ratings der Staaten mit Einsparungen zu bewältigen, trifft unter den politischen HauptakteurInnen der Europäischen Union auf bemerkenswert großen Konsens. Die Durchsetzungskraft der sogenannten neo-liberalen Ökonomie ist augenfällig. Der Bereich der Wirtschaftspolitik wird hier faktisch dem demokratischen Streit entzogen: Als ExpertInnen werden weitgehend orthodoxe ÖkonomInnen herangezogen; Kompetenz wird den BürgerInnen in diesem Feld nur marginal zugestanden. Denn gegen die Logik der Märkte könne man keine vernünftige Politik machen. Das demokratische Problem liegt hier im Besonderen darin, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen faktisch gegen Kritik immunisiert werden, also in der wirtschaftspolitischen Ideologisierung.⁹ Wo die Funktionsweise des Wirtschaftssystems nur noch in einer „Schule“ gedeutet werden darf und andere Ansichten als unqualifiziert gelten, scheint das Wirtschaftssystem „jenseits“ des Politischen angesiedelt zu sein. So spiegelt auch das angeführte Beispiel Griechenland diese Situation: Die von der Europäischen Union geforderten griechischen Sparpakete resultieren letztlich aus den Forderungen „der Finanzmärkte“, haben aber auch gesamtökonomisch und sozial schädliche Wirkungen.

Auch in der Bevölkerung verfügen entsprechende Argumente über hohe Plausibilität: Es gebe keine wirtschaftlich und politisch

- 8 „Was einer allzu schwachen italienischen Linken in 51 Vertrauensfragen nicht gelang, nämlich Berlusconi zu stürzen, besorgten die Märkte. Man kann daher – wie schon im Falle Griechenlands – getrost von einem Putsch der Finanzmärkte sprechen. Die Finanzmärkte suchen sich heute gewissermaßen ihre eigenen Regierungen. Sie sind es, die durchregieren.“ (Lucke 2011: 5)
- 9 Der hier verwendete Ideologiebegriff geht mit einer negativen Bewertung einher: Ideologie ist demnach eine Konzeption oder eine Ansicht, die „zur Verschleierung und damit zur Rechtfertigung der eigentlichen Machtverhältnisse dient.“ (Pelinka 2004: 176) Eine Ideologie kann daher „gegen die Wahrnehmung der Wirklichkeit immunisieren.“ (Knoblauch 2005: 104)

vernünftige Alternative, bei ökonomischen Entscheidungen seien allein WirtschaftsexpertInnen kompetent, der öffentliche Haushalt funktioniere wie der private und es müsse jedenfalls bei den Ausgaben gespart werden etc. Folglich kann die politische Auffassung, dass Bilanzdefizite streng zu begrenzen und die budgetpolitischen Vorgaben durch Sparpakete zu erreichen sind, als demokratisch angesehen werden: Die weitreichende Einsichtigkeit kann als Volkswille gelesen werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dann, wenn eine derartige Politik unverhältnismäßig die Reichen bzw. die Finanzwirtschaft begünstigt und auf Kosten sozial gerechter Entwicklung geht, sie tatsächlich dem demokratischen Willen, also dem Willen der Betroffenen, entspricht. Beispielsweise wurden die Bankenpakete in der Finanzkrise 2008 enorm rasch und umfangreich genehmigt. Häufig wurde danach als Vorwurf vorgebracht, dass ein derartiges Vorgehen bei sozialstaatlichen Finanzierungserfordernissen in vergleichbarer Weise nicht erfolge und kaum vorstellbar sei.

Die beiden angeführten Tendenzen, die zunehmende und beträchtliche Einflussnahme durch Lobbying sowie das Gewicht einer konkreten wirtschaftspolitischen Auffassung, beeinflussen somit die Politik. Insgesamt deuten diese Phänomene darauf hin, dass die moderne Wirtschaft nicht nur die Politik prägt, sondern auch die Demokratie schwächt. Nun stellt sich aber die Frage, warum die Wirtschaft bzw. bestimmte AkteurInnen-Gruppen überhaupt einen so großen Einfluss ausüben können. Denn es ist nicht von vornherein naheliegend, dass ein Gesellschaftsbereich derart dominant wird, so dass er auch die mit demokratischem Anspruch auftretende Politik maßgeblich formt. Was sind also die Voraussetzungen für diesen Einfluss der Wirtschaft?

4 Ursachen für die politische Macht der modernen Wirtschaft

4.1 Die Ökonomisierung der Gesellschaft

Der Hauptfaktor, der dem Phänomen der Dominanz der Wirtschaft gegenüber der Politik zugrunde liegt, ist die weitgehende Ökonomisierung des Denkens und aller Gesellschaftssysteme – nicht nur, aber auch der Politik. Hierbei ist der Unterschied zwischen globaler, europäischer

und nationaler Politik bloß graduell: Die Ökonomisierung ist ein global weit verbreitetes Phänomen.

Die Macht der Wirtschaft gründet in der Mächtigkeit der ökonomischen Rationalität, welche durch das Medium Geld, d. h. nach dem Verhältnis von Einsatz und Ertrag, bestimmt, was vernünftig ist. „Als ökonomisch rational gilt [...] jene Handlungsalternative, die zur Erreichung des möglichen Maximalerfolgs (Nutzenmaximum) führt.“ (Ulrich 1993: 177) Demnach wäre die ökonomische Rationalität zu definieren als die Erreichung von Zielen mit geeigneten Mitteln; das Maß für den Erfolg ist die Höhe des Gewinns (vgl. Gorz 1990: 162). In der modernen Gesellschaft erscheint die ökonomische Vernunft als die Rationalität schlechthin (vgl. Friedman 1999: 15).

Die ökonomische Rationalität kann sich grundsätzlich auf alle Bereiche beziehen und erstreckt sich auch auf weite Teile der Politik.¹⁰ Das Machtpotenzial der ökonomischen Rationalität, der Wirtschaft als zugehöriges Gesellschaftssystem sowie der reichen Personen gründet im Wesentlichen in der Macht des Geldes (vgl. zum Folgenden Koller 2008: 132–134). Geld hat erstens eine enorme Tauschmächtigkeit; es ist ein universales Kommunikationsmedium (vgl. Luhmann 1999: 239). Beinahe alles lässt sich für Geld kaufen – eben auch politischer Einfluss. Zweitens kann das Medium „Geld“ verschiedenste Probleme – auch nicht-wirtschaftliche – in wirtschaftliche übersetzen. Geld löst, „soweit es reicht, soziale und religiöse Sicherungsmittel ab.“ (Ebd.: 268) Über das Medium „Geld“ werden verschiedenste Unsicherheiten einheitlich systematisiert, nämlich in ihrer Relevanz als Kosten. Damit steht ein Muster der Reduktion wahrgenommener Kontingenz zur Verfügung, das über hohe allgemeine Akzeptanz verfügt, indem es eben auf unterschiedlichste Situationen und Erfahrungen anwendbar ist. Dem Wirtschaftssystem gelingt es, sogar die Unsicherheit der wirtschaftlichen Prozesse faktisch abzusichern: Probleme, die durch die konkrete Wirtschaft entstehen, werden modellkonform gedeutet, wodurch das Wirtschaftssystem nicht in Frage gestellt wird. Vielmehr wird erfolgreich auf eine konsequentere Umsetzung der ökonomischen Rationalität und des ökonomischen Modells in der Politik gedrängt. Darüber hinaus ist das Wirtschaftssystem drittens eine unverzichtbare Basis für viele andere Gesellschaftssysteme. Diese sind in hohem

10 Vgl. dazu den Begriff der „Kolonialisierung“ der Lebenswelt durch die ökonomische Rationalität und die entsprechenden Ausführungen bei Habermas (1995).

Maß abhängig von ökonomischen Prozessen. Institutionen wie Staaten bedürfen einer soliden finanziellen Grundlage, um dauerhaft die primären Aufgaben und Funktionen erfüllen zu können.

Diese Aspekte sind die Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft dermaßen dominant werden konnte. Geld ist somit ein Machtmedium und verschafft der Wirtschaft politische Macht. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft ein Gesellschaftsbereich ist, der von einer – politisch höchst relevanten – zugehörigen wissenschaftlich unterstützten Hauptauffassung geprägt ist.

4.2 Die Verbreitung und faktische Plausibilität der Mainstream-Ökonomie

Der zweite Hauptgrund, warum die Wirtschaft eine dominante Stellung gegenüber der Politik einnehmen kann, liegt in der Möglichkeit, ökonomische Gesetzmäßigkeiten als Sachzwänge für politisches Handeln zu vermitteln (vgl. dazu Koller 2010). Dieser Aspekt zeigt sich exemplarisch an der bereits erwähnten politischen Rhetorik, die bei Begründungen von finanz- oder wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf alternativlose Erfordernisse bzw. Zwänge zur staatlichen Schuldenbremse oder zur Eindämmung von öffentlichen Transferzahlungen verweisen. Freilich wird diese Rhetorik nicht bei jeder Maßnahme angewandt. Aber allein die Tatsache, dass dieses Argumentationsmuster politisch immer wieder aufgegriffen wird, ist beachtlich und verweist auf Grundlegendes:

Erstens kommt darin ein Denken über die Wirtschaft zum Ausdruck, wonach mit wirtschaftlicher Kompetenz die ökonomischen Eigengesetzlichkeiten erkannt werden, diese Gesetzmäßigkeiten auf sachgerechte Handlungserfordernisse verweisen und in konkrete Handlungszwänge übersetzt werden können bzw. müssen. So werden die oben erwähnten homogenen Maßnahmen mit Begründungen gestützt, wonach es sich um zwingende, alternativlose Aktionen im Rahmen der Rettungsaktionen von Volkswirtschaften handelt.¹¹ Derartige Argumentationsmuster finden sich allerdings gegenwärtig vor allem dort, wo die Mainstream-Ökono-

11 „Die fiskalischen Reformen werden als unausweichlich in Hinblick auf das Agieren der Finanzmärkte dargestellt, die ansonsten die Staaten in den Ruin treiben würden. Bei der Reform der Finanzmärkte, einer Finanztransaktionsteuer [sic!] oder Maßnahmen zur Eindämmung des Steuerwettlaufs nach unten gibt sich die EU-Kommission hingegen sehr zurückhaltend.“ (Klatzer/Schlager 2011: 69)

mie wirkt und diese quasi naturwissenschaftlich verstanden wird. Wo dies nicht der Fall ist, kann die Ökonomie die Politik nicht dominieren und bleibt der Primat des Politischen gegenüber der Wirtschaft aufrecht.

Zweitens ist entscheidend, dass die unmittelbaren politischen Akteu-
rInnen mit dem Verweis auf in der ökonomischen Sachlogik liegende
Zwänge eine prinzipielle Verständlichkeit voraussetzen; es wird erwar-
tet, dass ein derartiger Begründungsmodus öffentlich faktisch plausibel
ist. Damit wird ein gesellschaftliches Grundverständnis vorausgesetzt,
wonach wirtschaftspolitische Entscheidungen durch die wirtschaftliche
Situation gewissermaßen determiniert sind und das gesellschaftliche
Wohl vom entsprechenden Handeln abhängt.

Drittens bedeutet dies wiederum, dass die beiden sozialen Systeme –
Politik und Wirtschaft – auf diese Weise eine hohe Anschlussfähigkeit
aufweisen: Politik kann davon ausgehen, dass sie mit dem Verweis auf
sogenannte ökonomische Erfordernisse politischen Erfolg erzielen kann.
Insbesondere kann mit dem Hinweis auf die scheinbar von sich aus wir-
kenden ökonomischen Handlungserfordernisse die – sowohl zeitliche
als auch inhaltliche – ökonomische Dringlichkeit in den Vordergrund
gehoben werden und der Diskurs über die Angemessenheit der leitenden
Gesamtziele, der implizit bevorzugten Interessen von gesellschaftlichen
Teilgruppen etc. verdeckt werden. Diese Möglichkeit fördert den öffent-
lichen Eindruck kompetenten politischen Handelns.

Der Blick auf die politische Rhetorik und die politischen Entscheidungen
angesichts der sogenannten Wirtschafts- und Finanzkrise lässt erken-
nen, dass in der modernen Gesellschaft diese Dominanz der Wirtschaft
über die Politik dann hervortritt, wenn das Denken über die Wirtschaft
in den maßgeblichen Politiken weitgehend homogen erscheint. In der
politischen Begründung wirtschaftspolitischer Maßnahmenforderun-
gen findet ein bestimmtes ökonomisches Denken seinen Widerhall. Es
gibt zwar alternative ökonomische Ansätze und Theorien innerhalb der
Wirtschaftswissenschaften¹² und der öffentlichen wirtschaftspolitischen

12 Heterodoxe Ökonomie ist ein ausgesprochen vielfältiges Feld und beschäftigt
sich mit alternativen Ansätzen zur Mainstream-Ökonomie bzw. zur Neoklassik
und mit theoretischen Elementen, die die Mainstream-Ökonomie methodisch
vernachlässigt. Hier ist insbesondere an die Diskussionen auf der Basis feminis-
tischer, evolutionärer und ökologischer Ökonomien bzw. der marxistischen und
postkeynesianischen Theorie zu denken (vgl. Lee 2008). Heterodoxe Ökono-
mie hat zwei Ziele: „to develop a heterodox alternative to the current orthodoxy
(hetero as ‘the other of two’) and to affirm the plurality of theories, methods,

Diskussion¹³. Politisch durchsetzungsstark erweisen sich allerdings gegenwärtig faktisch noch vor allem die Mainstream-Konzepte; das derzeit vorherrschende und politisch mächtige Verständnis der Wirtschaft in den maßgeblichen Wirtschaftspolitiken ist die Neoklassik – bzw. hier bedeutsamer: der Neoliberalismus.

„Neoliberalismus‘ steht für eine seit den 1930er-Jahren entstandene Lehre, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert. Es handelt sich um eine breite geistige Strömung mit unterschiedlichen historischen wie länderspezifischen Erscheinungsformen, Strategievarianten und Praktiken.“ (Butterwegge u. a. 2008: 11)

Die Wirkmächtigkeit des Neoliberalismus ist auffällig. Während auf reflexiver Ebene die Vielfältigkeit der – auch kritischen – Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus unübersehbar ist,¹⁴ stellt sich im Bereich der europäischen Politik das konkrete Denken über die Wirtschaft faktisch noch weitgehend als neoliberal orientiert dar.

„Zwar befindet sich der Neoliberalismus bis heute in einer schon länger andauernden Legitimationskrise [...], seinen dominierenden Einfluss auf die Massenmedien und die öffentliche Meinung sowie die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse hat er bisher jedoch weder hierzulande noch im Weltmaßstab eingebüßt.“ (Butterwegge 2012: 286)

So tritt beispielsweise die Frage der Finanzierung des Staatshaushalts gegenwärtig immer wieder in den Vordergrund gegenüber dem politischen Diskurs um Gerechtigkeit. In dieser Art wird „Neoliberalismus“ verstanden und angewandt: Wirtschaftliche Freiheiten gelten als vorrangige Werte für die Wirtschaftspolitik. Den Neoliberalismus zeichnet aber eine (bloß) einseitige Forderung nach einer Trennung von Wirtschaft und Politik aus (vgl. Crouch 2011: 100f.). Der Staat solle sich in möglichst

and knowledges that compose economic discourse, in opposition to any sort of monism (*hetero* as ‘multiple’ or ‘containing different kinds’)“ (Garnett 2008: 1).

13 Markant sind etwa das französische Manifest der „bestürzten Ökonomen“ (vgl. Les Économistes Atterrés 2010) und das jährliche deutsche Memorandum von WirtschaftswissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2013).

14 Einen Überblick über das weite Feld der Forschungen zum Neoliberalismus bietet etwa Biebricher u. a. 2012.

allen Wirtschaftsbereichen einer marktbeschränkenden Steuerung enthalten, „die Wirtschaft“ nimmt aber weitreichenden politischen Einfluss. Dabei erweist sich der Neoliberalismus als ausgesprochen anpassungsfähig an veränderte Konstellationen und sogar angesichts von Krisen (vgl. Obermoser/Kurswechsel-Redaktion 2012: 3).

Selbstverständlich ist unbestritten, dass ökonomisches Denken vielfältig ist und sich in den politischen Diskurs einzubringen versucht (vgl. dazu etwa Klatzer/Schlager 2011; Les Économistes Atterrés 2010; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2013; Harvey/Garnett [Hg.] 2008). Angesichts der sogenannten Finanz-, Wirtschafts-, Staats- und Eurokrisen muss aber der faktische Einfluss neoliberal geprägter wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Argumentationen ernst genommen werden: Die anfängliche Nachdenklichkeit und die Willensbekundungen im Hinblick auf eine grundlegende Umorientierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik haben schon bald nach Beginn der Krise ihre Entschiedenheit verloren (vgl. Wallacher u. a. 2011: VII).

Nun sind die Dominanz des neoliberalen Denkens und seine Bedeutung für das politische Verständnis von Wirtschaft insbesondere für die Postdemokratie-Problematik grundlegend. Wenn die leitende Denkweise über die Wirtschaft (Neoliberalismus, Finanz- und Spekulationsmarkt-orientierung usw.) als einzige faktisch akzeptable auch politisch leitend ist und gleichzeitig diese Orientierung kaum einem demokratischen Diskurs zugeführt wird, ist das Vorgehen ideologisch – und auch das Ergebnis. Daher haben die alternativen Ökonomien nicht nur auf wissenschaftlicher Ebene Bedeutung: Heterodoxe Diskussionen von WirtschaftswissenschaftlerInnen und Beiträge von wirtschaftskritischen Bewegungen können die Wirtschaftspolitik als im eigentlichen Sinn politisches Entscheidungsfeld vor Augen halten, das allerdings nur dann als solches behandelt werden kann, wenn die Wirtschaft keine totale Dominanz über die Politik hat. Neoliberal-wirtschaftliche Denkmuster haben also in unserer Gesellschaft keine absolute Deutungshoheit, wohl aber eine bemerkenswert hohe Bedeutung.

Zusammenfassend begünstigt die Ökonomisierung der Gesellschaft und die faktische Plausibilität der leitenden Wirtschaftstheorie mit der damit verbundenen Ökonomisierung der Politik tendenziell eine Schwächung der Demokratie. Nun gilt aber auch für die Demokratie selbst, dass sie ein politischer Tendenzbegriff ist: Sie ist mehr oder weniger realisiert und muss – wenn sie verwirklicht werden soll – ständig neu erarbeitet werden. Die demokratischen Errungenschaften (allgemeines Wahlrecht,

Frauenwahlrecht, Sozialgesetze usw.) wurden den Etablierten und Mächtigen „abgerungen“. Folgt daraus für die Demokratie in der modernen Gesellschaft, dass sie insbesondere gegen Wirtschaftsmächte erkämpft werden muss? Aus dem bisher Gesagten darf geschlossen werden, dass diese Frage zu bejahen ist. Daraus ergeben sich die Schwerpunkte, die aus sozialetischer Perspektive zu gewichten sind.

5 Sozialethische Schwerpunkte

Die ethischen Schwerpunktsetzungen ergeben sich bei diesem Thema aus der Frage nach der Gerechtigkeit.

5.1 Das Verständnis von „Wirtschaft“

Aus der Ökonomisierung der Gesellschaft und der damit einhergehenden Ökonomisierung der Politik folgt für die Sozialethik, dass sie das politisch leitende Verständnis von Wirtschaft problematisieren muss. Denn die Gerechtigkeitsfrage im Rahmen der Debatten um die Demokratierelevanz der Wirtschaft und um die moderne(n) Demokratie(n) insgesamt stößt an Grenzen, wenn die Mächtigkeit des konkreten vorherrschenden Denkens über die Wirtschaft aus der Reflexion herausgehalten wird. Insbesondere das Phänomen, dass bei den Begründungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine Immunisierung gegen kritische Anfragen häufig auftritt, kann aus ethischen Gründen nicht einfach übergangen werden. Es ist notwendig, die Frage zu stellen, wem das konkrete Wirtschaftsverständnis und die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Optionen nützen bzw. schaden.

Dieser Aspekt betrifft alle drei Attribute der modernen Demokratie, wie sie etwa Robert A. Dahl strukturiert (vgl. zum Folgenden Fuchs/Roller 2008: 80–87): die Volkssouveränität, die politischen Freiheiten und die Inklusivität. Das erste Element ist die Volkssouveränität, der klassisch durch Instrumente wie freie, faire und häufige Wahlen, gewählte RepräsentantInnen und passives Wahlrecht entsprochen wird. Allerdings kann angesichts der Ökonomisierung der Politik die Qualität von Demokratien nicht allein an formalen Kriterien der freien Wahlen festgemacht werden. Die Macht von „ExpertInnen“ aus einer einzigen ökonomischen Schule, von Lobbying eines (oft bloß kleinen) Teils des Wirtschaftssektors und

des gesellschaftlichen Teilbereichs des Finanzmarktes stellen eine ernste Infragestellung der Volkssouveränität dar, insofern nicht gewählte AkteurInnen die legitimierte Politik steuern können. Die Volkssouveränität wird dabei insbesondere dann untergraben, wenn Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik nicht als Kompetenz des Volkes erscheint. Ein qualitativer Begriff der Volkssouveränität fordert, dass für alle politischen Bereiche die Herrschaftsgewalt letztlich beim Volk liegt.

Das zweite Kriterium sind die politischen Freiheiten, die sich in der Gewährleistung von freier Meinungsäußerung, Assoziationsfreiheit und der Verfügbarkeit von alternativen Informationsquellen konkretisieren. Diese sind angesichts der Ökonomisierung der Politik von besonderer Relevanz. Denn ob beispielsweise die politische Meinungsäußerung tatsächlich auch ihre AdressatInnen erreicht, hängt wesentlich von den finanziellen Mitteln ab.

Der dritte Aspekt ist die Inklusivität, also das Vorhandensein der politischen Rechte für alle Erwachsenen. Dieses Kriterium erhält angesichts der faktischen politischen Macht der globalen Wirtschaft bzw. ihrer AkteurInnen eine neue Problemlage: Die Ausschlussvorgänge der Wirtschaft übertragen sich auf die Demokratie in dem Sinne, dass wirtschaftlich marginalisierte Länder und Personen weniger Beteiligungschancen bzw. geringere Wahrscheinlichkeiten der Wahrung ihrer Interessen haben – vielfach ungeachtet der Mehrheitsverhältnisse. Auch in einer anderen Hinsicht ist die Inklusivität tendenziell bedroht: „Die Wirtschaft“ wird in wirtschaftspolitischen Debatten tendenziös verstanden als Gruppe der ArbeitgeberInnen, noch häufiger als Gruppe der Hauptfunktionäre von UnternehmerInnen-Verbänden und der Lobby-Funktionäre von Großkonzernen bzw. der Industrie. Damit werden unter anderem auch wirtschaftliche Interessen der Mehrheit von UnternehmerInnen – nämlich der kleinen und mittelständischen Betriebe – tendenziell ausgeblendet.

Ein breiteres Verständnis von Wirtschaft inkludiert alle AkteurInnen des Systems Wirtschaft: neben den UnternehmerInnen auch die ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, LeistungserbringerInnen im nicht-entlohnten Sektor (Ehrenamt, Pflege und Erziehung in der Familie usw.), DienstleisterInnen im Non-Profit- und im öffentlichen Bereich. Die Demokratie bedarf einer Selbstaufklärung über ideologische Elemente nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern und vor allem auch in den Bildern, die sich die Öffentlichkeit und die Politik von Wirtschaft machen. Denn diese Vergewisserung fördert die Prozesse des Entwickelns des Volkswillens zu konkreten Fragen und hilft, systematische

Probleme einer zunehmend einseitig wirtschaftlich ausgerichteten Politik zu minimieren. Eine Demokratie, in der der Wirtschaft eine hohe Bedeutung zukommt, muss aus Gründen der Vermeidung einer Selbstblockade und aus Gerechtigkeitsgründen sich selbst vergewissern, welches Bild und Verständnis von Wirtschaft sie hat. Insgesamt weist ein breiter Wirtschaftsbegriff eine höhere Anschlussfähigkeit der Politik an Gerechtigkeitsfragen auf, was den Primat der Politik vor der Wirtschaft unterstützt.

Die Entwicklungen im Denken über die Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik berühren die Möglichkeiten und Zustände der Demokratie. Der demokratische Diskurs über das Verständnis von „Wirtschaft“ steht insofern selbst im Dienste der gerechteren, sozial und demokratisch eingebundenen Gestaltung des Wirtschaftssystems.

5.2 Ideologiekritik des einseitigen Imperativs des wirtschaftlichen Liberalismus

Politische Entscheidungen unter maßgeblichem Einfluss der Wirtschaft sind grundsätzlich deshalb von besonderer ethischer Bedeutung, weil sie von besonderer Tragweite sein können. Das politisch-ethische Ziel einer gerechteren Gestaltung der Gesellschaft mitsamt des Feldes der Wirtschaft muss die Güte der Entscheidung in den Vordergrund stellen – vor allem bei Entscheidungen, die massive Konsequenzen für das Wohlergehen von Menschen, die Entwicklung von Gesellschaften oder den Schutz der Umwelt haben und nicht einfach revidiert werden können.

Die politischen Einflüsse der Ökonomie und einzelner AkteurInnen sind vor allem problematisch, wenn dadurch höhere Werte betroffen sind: Sinnfindung, Freiheit, Gerechtigkeit. Diese Gefahr droht in öffentlichen Diskursen zunehmend ausgeblendet zu werden, indem die Ökonomie und Wirtschaftspolitik die Freiheit als zentralen Wert formulieren und einfordern. Verstärkt wird diese Situation durch ein rein deskriptives Verständnis von Demokratie. Ein derartiger Zugang findet sich in Auffassungen, wonach die einflussreiche Wirtschaft kein demokratisches Problem darstelle und schlichtweg eine Spielart der Demokratie sei. Die hier diskutierte Problematik sowie der sozialetische Zugang generell erfordern einen (auch) normativ ausgerichteten Demokratiebegriff. Ein Brennpunkt ist das Freiheitsverständnis: Demokratie ist in ethischer Hinsicht auf die Entfaltung von Freiheit im umfassenden Sinn gerichtet. Daher kommt

der Einforderung der sogenannten Ersten-Person-Perspektive eine unverzichtbare Bedeutung zu: Die Gleichsetzung der Freiheit mit von staatlicher Lenkung freien Märkten betrifft nur einen Teil der Freiheit. Unverzichtbar ist es für die politische Gestaltung und Handlungsweise im Hinblick auf das Wirtschaftssystem, die Konsequenzen, Freiheitspotenziale und Unfreiheitsgefahren für die Betroffenen herauszuarbeiten, wahrzunehmen und politisch wirksam werden zu lassen. Aus ethischer Sicht genügt die mathematische Modellierung, die Interpretation von Kennzahlen und volkswirtschaftlichen Statistiken nicht, etwa um die potenziellen nationalen und transnationalen Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Entscheidungen einschätzen, interpretieren und bewerten zu können.

5.3 Die Reichtumsverteilung und ihr Einfluss auf die Beteiligungschancen

Das nächste Problem betrifft die Reichtumsverteilung in der Gesellschaft. Der Erfolg der modernen Wirtschaft in Form von hoher Produktivität, teilweise enormen Unternehmensgewinnen und Wohlstand geht gegenwärtig „mit einer Ungleichverteilung von Einkommen und Wohlstand“ (Reich 2008: 14) einher. Die reichen Demokratien zeigen verstärkt durch neoliberale Strategien der Wirtschaftspolitik, dass das ökonomische Wohlstands- bzw. Reichtumskriterium (Bruttoinlandsprodukt, Gesamteinkommen) Fragen hinsichtlich der Verteilung aufwirft: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird nicht nur beibehalten, sondern sogar verstärkt. Wirtschaftspolitik und Wohlstandsverteilungen bevorzugen offenkundig tendenziell die bereits finanziell Privilegierten. Dieser Umstand provoziert zumindest Fragen nach der demokratischen Legitimität dieser Politik. Ein demokratisches Problem entsteht insbesondere dann, wenn die Ungleichverteilung politisch nicht mit weitgehend plausiblen und akzeptierten Gerechtigkeitsmaßstäben gerechtfertigt oder überhaupt dem politischen Diskurs entzogen wird.

Ein Hauptkritikpunkt an den oben beschriebenen Phänomenen bezieht sich daher auf ein grundlegendes Gerechtigkeitsproblem der Verteilung von demokratischen Beteiligungschancen bzw. Teilhabewahrscheinlichkeiten: Im Anschluss an Michael Walzer ist es als ungerecht anzusehen, wenn Privateigentum selbst politische Macht generiert. „Kein soziales Gut X sollte ungeachtet seiner Bedeutung an Männer und Frauen, die im Besitz eines anderen Gutes Y sind, einzig und allein

deshalb verteilt werden, weil sie dieses Y besitzen.“ (Walzer 1992: 50) Walzer wendet sich gegen die „Herrschaft des Geldes außerhalb seiner Sphäre“ (1992: 184).¹⁵ Die Phänomene des politischen Einflusses der Wirtschaft markieren damit tatsächlich ein grundlegendes Problem: Wenn die demokratischen Teilnahmemöglichkeiten vom Geld abhängen, ist dieses Gut der Beteiligung ungerecht verteilt und die Demokratie in ihren Fundamenten beschädigt.

Es kann ins Treffen geführt werden, dass konkrete wirtschaftspolitische Entscheidungen demokratisch legitimiert sind durch die Tatsache, dass sie von AkteurInnen der institutionellen Politik gefällt werden. Doch selbst, wenn man diesem Argument zustimmt, bleibt ein Problem: Demokratie basiert prinzipiell auf der Identität von Entscheidungsbeteiligten und Betroffenen. In der Realität ist diese Identität zwar nur selten im Vollsinn gegeben;¹⁶ die Annäherung an dieses Ideal ist für die Demokratie aber substanziell. Insbesondere die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen machen deutlich, dass die Feststellung, wer in welcher Weise mit welcher Wahrscheinlichkeit von welchen Konsequenzen betroffen ist, ausgesprochen schwierig ist. In vielen Fällen wird jedoch nach den Betroffenen nicht ausreichend gefragt bzw. wird ihnen keine Stimme zuerkannt. Das hängt einerseits mit den Grenzen der Demokratie zusammen, die nach wie vor wesentlich nationalstaatlich konzipiert ist. Andererseits liegt ein Grund in der Ausblendung der Betroffenheiten durch die Methode und Perspektive der Ökonomie. Ein sozialetisches Problem liegt hierbei nicht nur in der Verletzung eines demokratietheoretischen Kriteriums, sondern insbesondere auch in Gerechtigkeitsfragen: Durch die Nichtbeteiligung der Betroffenen an Entscheidungen sind auch deren Perspektiven und

15 Walzer schätzt aber den „Imperialismus des Marktes [...] weniger gefährlich [...] [ein] als Staatsimperialismus, und zwar deshalb, weil er sich leichter kontrollieren und beschränken lässt. Die zahlreichen blockierten Tauschaktivitäten haben Schrankenwirkungen, sind Kontrollen, die nicht allein von Staatsfunktionären praktiziert werden, sondern auch von einfachen Bürgern, die ihre Interessen verfechten und ihre Rechte geltend machen.“ (Walzer 1992: 183) Diese Einschätzung ist zu optimistisch hinsichtlich des Funktionierens der Märkte. Viele BürgerInnen sehen sich so weit marginalisiert, dass ein Verfechten der eigenen Interessen für sie nicht mehr in Frage kommt.

16 „Totale Übereinstimmung der Entscheidenden mit den Betroffenen gibt es nicht. Arbeiter in einem Rüstungsbetrieb sind in anderer Weise von der Rüstungsproduktion betroffen als die Dritte-Welt-Solidaritätsgruppe, die das Interesse eines fernem unterdrückten Volkes wahrnimmt, das durch die hier produzierten Waffen bedroht wird.“ (Renoldner 1991: 74)

Interessen unsichtbar. Zudem setzt die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des demokratischen Grundkonsenses voraus, dass betroffene Gruppen nicht dauerhaft ausgeblendet sind und ihre Standpunkte prinzipielle Relevanz besitzen (vgl. Renoldner 1991: 80).

Demokratisch problematisch ist in besonderer Weise, dass das Einbringen der Interessen durch die Unterprivilegierten real unzureichend stattfindet: Beispielsweise nutzen BürgerInnen-Bewegungen (v. a. die *Occupy-Bewegung*) zwar Instrumente der Demonstration, der Organisation in NGOs etc.; die „VerliererInnen“ der Wohlstandsverteilung beteiligen sich aber kaum. Dafür sind zwei Gründe zu beachten: Einerseits bewirkt der faktische gesellschaftliche Ausschluss von „Armen“, dass die Betroffenen kein Vertrauen in die demokratische Beteiligung aufbringen. Ohne Perspektive bzw. ohne Hoffnung auf Verbesserung der Situation gibt es keine Motivation zur Mitwirkung. Andererseits erschwert gerade die ökonomische Marginalisierung in der Marktgemeinschaft die Solidarisierung und folglich die politische Wahrnehmung. Empirische Studien zeigen, dass Menschen am unteren Ende der Einkommens- und Sozialhierarchie ökonomische Werte wie Leistung betonen und anderen Armen, Langzeitarbeitslosen usw. tendenziell die Schuld an deren Lage zuschreiben (vgl. Heitmeyer/Endrikat 2008: 62–66). Insgesamt schwächt diese Einstellung die Solidarität unter den Unterprivilegierten. Dieses Phänomen unterstützt somit strukturell die Marginalisierung von unterprivilegierten Gruppen.

Dies gilt zumindest für Deutschland und wohl auch für ähnliche Wohlfahrtsländer. Das erwähnte Beispiel Griechenland zeigt, dass diese Einstellung auch kippen kann. Wenn sich ein ganzes Land in Perspektivlosigkeit befindet, gleichzeitig die europäische und internationale Politik die Vermögens- und Steuerflucht nicht unterbindet und im Gegenteil andere Länder bzw. Banken profitieren, kann die Forderung nach Demokratie erstarken. Eine Voraussetzung dürfte darin liegen, dass die Ungleichverteilung des Vermögens und der Geldverlagerung durch Reiche wahrgenommen wird und die Bevölkerung im Ganzen keine Aussicht darauf hat, prinzipielle Zugangschancen zum Wohlstand zu haben.

6 Handlungserfordernisse

Die Frage nach demokratiehemmenden Wirkungen der Wirtschaft impliziert bereits die ethische Perspektive: Aus ökonomischer Sicht wäre es

unsinnig, diese wertende Frage zu stellen. Gerade darin liegt auch eine systematische Schwierigkeit für die Lösung des Problems. Von „der Wirtschaft“ kann eine substanzielle freiwillige Selbstbeschränkung ihrer politischen Macht um umfassenderer demokratischer und sozialer Ziele willen nicht erwartet werden. Denn einerseits ist politische Macht (auch in Gestalt der Wirtschaft) in der Regel bestrebt, diese Macht zu erhalten und auszubauen. Andererseits können Beschränkungsversuche aus der maßgeblichen Wirtschaftstheorie heraus nicht positiv beurteilt werden; sie stellen in dieser Wahrnehmung Störungen der wirtschaftlichen Freiheit dar und stehen unter dem Verdacht, zu nicht sachgerechten Entscheidungen und neuen, größeren Problemen zu führen.

Für die institutionelle Politik erscheint eine Lösung des Problems deshalb schwierig, weil die materiale Verflechtung der Finanzmärkte mit anderen Gesellschaftsbereichen und der Einfluss der „Finanzindustrie“ einen stetigen Handlungsdruck vermitteln, der die Umsetzung etwa des dezidierten Ziels, den Finanzmarkt strukturell zu verändern, scheitern lässt. Darüber hinaus liegt eine gewisse Selbstblockade der Politik (wie der Demokratie insgesamt) darin, dass als „WirtschaftsexpertInnen“ jene gelten, die wirtschafts- und finanzsystemkonform denken, also die „Sachzwänge“ und Funktionslogiken kennen und identifizieren. Wirtschaftspolitische BeraterInnen sind im Wesentlichen dieser Gruppe zuzurechnen. Dadurch wird nicht nur die aktuelle Situation stabilisiert. Das Berufen auf die „ExpertInnen“ und „Erfordernisse des Marktes“ kann Parteien zudem stärken, indem sie sich dadurch als kompetent im „zentralsten“ politischen Bereich, nämlich der Wirtschaft, präsentieren können und dieser Eindruck durch den großen Teil der Mainstream-ÖkonomInnen sowie durch das verbreitete ökonomisierte Denken unterstützt wird. Eine Lösung des Problems muss an diesen Hindernissen ansetzen.

Erstens sind die Phänomene der Schwächung der Demokratie als eine fundamentale krisenhafte Entwicklung und nicht allein als Krise der herkömmlichen demokratischen Institutionen zu beurteilen. Eine Demokratisierung kann auch in diesem Feld nur von der Demokratie selbst bewerkstelligt werden. Es ist also der Bereich der Politik im weiteren Sinne gefordert.

Zweitens bedarf es hierzu einer verstärkten Beachtung der politischen Bildung, die die Reflexion der gesellschaftlichen und politischen Ökonomisierung stark gewichtet. Ohne kritisches Bewusstsein für die faktische Dominanz wirtschaftlicher Rationalität, die Implikationen einseitig neoliberaler Denkmuster, die Macht des Wirtschaftssystems auf mehreren

Ebenen (Beeinflussung des Grundverständnisses und der Funktionsweise von Demokratie, der AkteurInnen der Politik, der Verfahrensweisen, der dominanten Inhalte), die Beteiligung aller BürgerInnen an wirtschaftlichen Prozessen usw. erscheint die Gestaltung des Wirtschaftssystems auch weiterhin zunehmend als „Expertenaufgabe“ und nicht als politisch-demokratische Angelegenheit. Politische Bildung hat dabei letztlich die Funktion, Kompetenz in Urteilsbildung und Motivation zur Beteiligung zu stärken.

Drittens sind notwendigerweise Prozesse erforderlich, die das Problem der Wirtschaftsgestaltung als Frage nach der langfristig stabilen und gerechten Wirtschaftsordnung an die formelle Politik anbinden. Um die demokratische Zuständigkeit in diesem Bereich zu stärken, müssen sich die Parteien dieser Aufgabe annehmen. In der Praxis kommt dafür der öffentlichen Meinung die unersetzliche Funktion zu, eine breite Diskussion der wirtschaftspolitischen Herausforderungen, Entscheidungen, Folgen und Gerechtigkeitskriterien von der formalen Politik einzufordern. Aus diesem Grund müssen aus demokratischen Überlegungen heraus die Meinungsäußerungen und Diskurse der Zivilgesellschaft gefördert werden. Dafür kommt der Berichterstattung und kritischen Auseinandersetzung durch die Massenmedien eine unentbehrliche Rolle zu.

Viertens erfordert die Wirtschaft als zentraler postdemokratischer Faktor in inhaltlicher Hinsicht, dass der politische Diskurs (im Sinne der vorrangigen Option für die durch die Wirtschaft Marginalisierten und Benachteiligten) die sozialen und existenziellen Implikationen der Wirtschaftspolitik zentral in den Blick nimmt. Ohne diese Ausrichtung ist die Etablierung einer gerechten Wirtschaftsordnung und der Kontrolle unternehmerischer Einflussnahmen nicht denkbar. Instanzen wie Sozial-NGOs oder Kirchen verfügen hierbei über besondere Potenziale, diese Sicht einzunehmen – auch für Personen, die sich aufgrund der räumlichen Entfernung und ihrer schwachen politischen Stimme nicht einbringen können. Die Orientierung am Ziel einer gerechten Politik bewirkt, dass das Argument, wirtschaftspolitische Entscheidungen müssten sachgerecht sein, nicht mehr die Aussicht hat, für sich allein genommen plausibel und rechtfertigend zu wirken. Wirtschaftliche Richtigkeit muss in politisch-ethischer Sicht in sittlich gewünschte Entwicklungen eingebunden werden.

Fünftens ist es erforderlich, die Einbindung der Unternehmen im Sinne eines deliberativen Demokratiemodells zu etablieren und so systematisch in die gesellschaftlichen Legitimierungsprozesse zu integrieren. Dieses

Erfordernis gründet nicht nur in der „schwindende[n] Fähigkeit des politischen Systems, Unternehmen mittels gesetzlicher Regelungen und staatlicher Administration zur Rechenschaft zu ziehen“ (Scherer/Butz 2011: 51). Auch aufgrund der direkten Einflüsse von wirtschaftlichen AkteurInnen und der „veränderte[n] Dynamik zwischen dem Staat, der Wirtschaft und der Gesellschaft“ (ebd.: 52) ist aus ethischen Gründen die demokratische Kontrolle in diesem Feld zu stärken. Die Unternehmen müssen daher im Sinne einer Mitwirkung an der *Global governance* vermehrt politisch-demokratische Verantwortung übernehmen (vgl. ebd.: 51f.) und würden auf diese Weise in zweifacher Hinsicht zu politischen Akteurinnen:

„Sie sind mit einem erweiterten Verständnis von Verantwortung ausgestattet (nicht nur ökonomische, sondern ökonomische und soziale Verantwortung) und arbeiten im politischen Problemlösungsprozess mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Lösung sozialer und ökologischer Probleme zusammen. Darüber hinaus unterwerfen sie ihre zunehmende Macht und ihren politischen Einfluss einem demokratischen Kontroll- und Legitimationsprozess.“ (Ebd.: 52)

Tatsächlich wäre ein derartiges Verständnis von Verantwortung ein Element, um Infragestellungen der Wirtschaftsverfassungen, die etwa zu Beginn der letzten großen Finanzkrise deutlich geäußert wurden, nicht rasch verklingen zu lassen und auf diesem Weg die Frage der Verantwortbarkeit der sozialen Folgen in wirtschaftspolitische Überlegungen fest zu integrieren.

Sechstens wäre ein entsprechendes Instrument, das in der modernen ökonomisch dominierten Gesellschaft die Demokratie stärken kann, auf politischer Ebene zu etablieren. Dabei wäre an die Errichtung von wirtschaftsethischen Kommissionen zu denken – also die institutionalisierte wirtschaftsethische Politikberatung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene (vgl. Koller 2008: 311f.). Diese Kommissionen müssten sich aus VertreterInnen der Politik- und Sozialwissenschaften, der Entwicklungspolitik, der orthodoxen und heterodoxen Wirtschaftswissenschaften, der Ethik und der NGOs zusammensetzen. Ein derartiges Instrument gewährleistet ein unverzichtbares Mindestmaß an Integration in die formale Politik, eine Verbreiterung der Gruppe von Politik-BeraterInnen sowie damit einhergehend der wirtschaftspolitisch relevanten Sichtweisen und Möglichkeiten.

Literatur

- ALTER-EU The Alliance for Lobbying Transparency and Ethics in the EU** (2011): The missing millions – how the new lobby register needs to tackle the ‚under-reporting‘ by industry lobby groups (Juni 2011), online unter <http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/under_reporting_final.pdf>, erstellt 06.2011/abgerufen 15.12.2012.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik** (2013): Memorandum 2013. Umverteilen – Alternativen der Wirtschaftspolitik. Kurzfassung. Bremen: o. V., online unter <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/memorandum_2013_kurzfassung.pdf>, abgerufen 31.05.2013.
- Biebricher, Thomas u. a.** (2012): Beschwörungen des Neoliberalismus. Frankfurt/M. (Normative Orders Working Papers 02/2012), online unter <http://publikationen.uni-frankfurt.de/files/24981/Beschwoerungen_des_Neoliberalismus.pdf>, abgerufen 04.12.2012.
- Brandtweiner, Roman** (1997): Naturwissenschaftliches Denken in der Wirtschaftstheorie. Eine kritische Betrachtung anhand des Entropieansatzes. Frankfurt/M. u. a.: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften – Volks- und Betriebswirtschaft, 2048).
- Braunberger, Gerald; Hock, Martin** (2011): Volksabstimmung geplant: Athen stürzt die Märkte in Verzweiflung. In: FAZ vom 31.10.2011, online unter <<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/volksabstimmung-geplant-athen-stuerzt-die-maerkte-in-verzweiflung-11513430.html>>, abgerufen 15.12.2012.
- Butterwegge, Christoph** (2012): Krise und Zukunft des Sozialstaates. 4., überarb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf** (2008): Einleitung. In: dies. (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11–12.
- Crouch, Colin** (2008): Postdemokratie. Aus dem Engl. v. Nikolaus Gramm. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin** (2011) Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Aus dem Engl. v. Frank Jakubzik. Berlin: Suhrkamp.
- dpa** (2011): EU will Arbeit von Lobbyisten stärker überwachen. In: Handelsblatt vom 11.05.2011, online unter <<http://www.handelsblatt.com/politik/international/register-eu-will-arbeit-von-lobbyisten-staerker-ueberwachen/4160850.html>>, abgerufen 15.12.2012.
- Friedman, David** (1999): Der ökonomische Code. Wie wirtschaftliches Denken unser Handeln bestimmt. Aus dem amerikan. Engl. v. Sebastian Wohlfeil. Frankfurt/M.: Eichborn.
- Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud** (2008): Die Konzeptualisierung der Qualität von Demokratie. Eine kritische Diskussion aktueller Ansätze. In: Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 77–96.
- Garnett, Robert F. Jr.** (2008): Introduction: pluralism and the future of heterodox economics. In: Harvey, John T.; Garnett, Robert F. Jr. (Hg.): Future directions

- for heterodox economics. Ann Arbor: University of Michigan Press (Advances in heterodox economics), 1–6.
- Generalsekretäre des Europäischen Parlaments und der Kommission (Hg.)** (2012): Jahresbericht über das Transparenzregister 2012. Brüssel: o. V., online unter <http://europa.eu/transparency-register/pdf/transparency_register_report_20121029_de.pdf>, abgerufen 01.02.2013.
- Gorz, André** (1990): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Aus dem Franz. v. Otto Kallscheuer. 3. Aufl. Berlin: Rotbuch.
- Habermas, Jürgen** (1995): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen** (2011): Rettet die Würde der Demokratie. In: FAZ vom 04.11.2011, online unter <<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/euro-krise-rettet-die-wuerde-der-demokratie-11517735.html>>, abgerufen 15.12.2012.
- Harvey, John T.; Garnett, Robert F. Jr.** (Hg.) (2008): Future directions for heterodox economics. Ann Arbor: University of Michigan Press (Advances in heterodox economics).
- Heitmeyer, Wilhelm; Endrikat, Kirsten** (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 55–72.
- Hierländer, Jeannine** (2011): Laxe Kontrolle von Lobbyisten in Brüssel. In: Die Presse vom 10.05.2011, online unter <<http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/660965/Laxe-Kontrolle-von-Lobbyisten-in-Bruessel>>, abgerufen 15.12.2012.
- Joffe, Josef** (2009): Zerstört der Kapitalismus die Demokratie? In: DIE ZEIT vom 20.08.2009, 19.
- Klatzer, Elisabeth; Schlager, Christa** (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel (1), 61–81.
- Knoblauch, Hubert** (2005): Wissenssoziologie. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Koller, Edeltraud** (2008): Gutes Leben durch die Wirtschaft? Eine theologisch-ethische Kritik der Dominanz der Ökonomie – dargestellt am Einfluss der Rede vom „ökonomischen Sachzwang“ auf die menschliche Orientierung und Sinnerfahrung. München – Mering: Hampp (sfwu, 19), 123–134.
- Koller, Edeltraud** (2010): Das Argument des ökonomischen Sachzwangs. Ethische Überlegungen. In: Feldbauer-Durstmüller, Birgit; Koller, Edeltraud (Hg.): Wirtschaft und Ethik. Wien: Linde, 63–84.
- Krönig, Franz Kasper** (2007): Ökonomisierung der Gesellschaft. Systemtheoretische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Lee, Frederic S.** (2008): Series foreword. In: Harvey, John T.; Garnett, Robert F. Jr. (Hg.): Future directions for heterodox economics. Ann Arbor: University of Michigan Press (Advances in heterodox economics), vii–viii.
- Les Économistes Atterrés** (2010): Manifest der bestürzten Ökonomen. Die Schuldenkrise in Europa: 10 offensichtliche Fehler und 22 Maßnahmen um die Debatte aus der Sackgasse zu führen. Dt. Übersetzung v. Peter Rödler u. a., online unter <<http://www.atterres.org/sites/default/files/Manifeste-des-Atterres-en-Allemand-german-version.pdf>>, abgerufen 15.01.2013.
- Lucke, Albrecht von** (2011): Souverän ohne Volk. Der Putsch der Märkte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (12), 5–8.

- Luhmann, Niklas** (1999): Die Wirtschaft der Gesellschaft, 3. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Manager Magazin** (2008): Zerstört der Superkapitalismus die Demokratie? In: manager magazin (3).
- Obermoser, Josef; Kurswechsel-Redaktion** (2012): Editorial. In: Kurswechsel (2), 3–5.
- o. V.** (1988), Neoklassik. In: Gabler Wirtschafts-Lexikon. Taschenbuch-Kassette mit 6 Bänden. 12. vollst. neu bearb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: Gabler, Bd. 4: L–P. 555–557.
- Öztürk, Asiye** (2011): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1/2), 2.
- Pelinka, Anton** (2004): Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien u. a.: Böhlau.
- Reich, Robert** (2008): Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Aus dem Engl. v. Jürgen Neubauer. Frankfurt/M. – New York: Campus.
- Reinoldner, Severin** (1991): Demokratie braucht Widerstand. Linz: Ed. Sandkorn.
- Scherer, Andras Georg; Butz, Andreas** (2011): Internationales Management und gesellschaftliche Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung. In: Wallacher, Johannes; Au, Christian; Karcher, Tobias (Hg.): Ethik in Wirtschaft und Unternehmen in Zeiten der Krise. Stuttgart: Kohlhammer (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, 21), 34–61.
- Schimank, Uwe; Volkman, Ute** (2008): Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, Andrea (Hg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 382–393.
- Ulrich, Peter** (1993): Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft. 3. rev. Aufl. Bern u. a.: Haupt.
- Wallacher, Johannes; Au, Christian; Karcher, Tobias** (2011): Was hat die Wirtschafts- und Unternehmensethik aus der Krise gelernt? In: dies. (Hg.): Ethik in Wirtschaft und Unternehmen in Zeiten der Krise. Stuttgart: Kohlhammer (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, 21), VII–X.
- Walzer, Michael** (1992): Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Aus dem Engl. v. Hanne Herkommer. Frankfurt/M.: Campus.

Über die Autorin

Edeltraud Koller, Dr. theol., Mag. rer. soc. oec., Universitätsassistentin am Institut für Pastoraltheologie und Gesellschaftslehre der Katholisch-Theologischen Fakultät der Katholisch-Theologischen Privatuniversität Linz.